

MBI INFORMIERT

MÜLHEIMER BÜRGER-INITIATIVEN
UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT Nr. 7/19

MBI-Geschäftsstelle

Kohlenkamp 1,
45468 Mülheim
Tel. 0208 - 3899810
Fax 0208 - 3899811

e-mail: mbi@mbi-mh.de

<http://www.mbi-mh.de>

Mülheimer Dauerwahnsinn: Nach Grundsteuer, ÖPNV jetzt die VHS

Es ist zum Mäusemelken in der ehemals "sympathischen" Stadt a.d. Ruhr, die sich ein wenig anmaßend bei der diesjährigen Extraschicht als "Ruhr-Venedig" anpries. Noch meiden allerdings die Hochzeitspaare aus aller Welt die bankrotte "Ruhrperle", ebenso Touristenströme, weil die Romantik und das Flair nicht so ganz vermittelbar ist. Im realen Alltag ist die kleine Großstadt inmitten größerer Großstädte einer von Kirchturmsegoismen geprägten "Metropole Ruhr" auf einem erschreckenden Selbstzerstörungstrip. Langjährige Mißwirtschaft, verknüpft mit vielfarbigem Filz, Vettern- und Cousinenwirtschaft haben das eigentlich im Revier besser gestellte Städtchen in die heillose bilanzielle Überschuldung getrieben. Nun sollen die Bürger büßen durch Abmurksen von immer mehr Urbanität.



Der VHS-Skandal, nächste Episode, bevor die Bürger entscheiden dürfen

Wie nach der bösen Vorgeschichte nicht anders zu erwarten, präsentierte der Kämmerer 1 Tag nach der letzten regulären Ratssitzung das ominöse Gutachten zur VHS-Zukunft. Ebenso kaum überraschend errechneten die "freihändig" ausgesuchten Gutachter eine Fantasiesumme von über 30 Mio. Euro für Sanierung des VHS-Gebäudes in der MüGa und nur 12,2 Mio. für die Anmietung des als VHS völlig ungeeigneten ehemaligen AEG-Fabrikgebäudes an der Aktienstraße. Mit diesen weltfremden Vorgaben kann dann die Ratsmehrheit in der Sondersitzung am 12. Juli "ohne schlechtes Gewissen" gegen die Forderung des Bürgerbegehrens stimmen, so dass am 6. Okt. ein Bürgerentscheid stattfinden muss. Deshalb: Lasst die Bevölkerung entscheiden, am besten für die VHS-Wiederinbetriebnahme in der MüGa ohne Wenn und Aber! Die Fragestellung beim Bürgerentscheid lautet dann:

„Sollen VHS-Grundstück und –Gebäude in der MüGa im Eigentum und Besitz der Stadt Mülheim bleiben und der VHS-Betrieb dort wieder aufgenommen werden?“

Mit dem bedenklichen "Gutachten" wird sich die Bürgerschaft im "Wahlkampf" vor dem Bürgerentscheid befassen müssen. Es reiht sich nahtlos in die skandalösen Vorgänge beim Versuch der VHS-Zerstörung ein. Mehr u.a. auf S.3 und auf dem Einlegeblatt. **Die Ratssitzung am 15. Juli beginnt um 15 Uhr und ist öffentlich!**

Skandalumwitterter Herr Rinas mit nebulösem Korruptionsnetzwerk

Das Landgericht Duisburg hat den Ex-Manager der Mülheimer Stadttochter Seniorendienste zu Schadenersatz in Höhe von einer Viertelmillion Euro verurteilt. Jetzt wehrt sich Rinas, bekanntlich der mit dem umfänglichen "Korruptionsnetzwerk" (Zitat WAZ), was aber bis heute nicht aufgedeckt wurde. Sein Erscheinen war angeordnet vom Gericht: Dort traf Rinas, skandalumwitterter Ex-Geschäftsführer den Beteiligungschef Dönnebrink nach 6 Jahren des juristischen Hin und Hers erstmals wieder persönlich. Übrigens: Rinas ist immer noch Träger des Bundesverdienstkreuzes

Auf den folgenden Seiten:

- Das Fassadenproblem des Immobilienservice (IS) Mülheim S.2
 - IS-Chef Buchwald: Gutachtenkönig für ein Faß ohne Boden? Sein Chef Mendack: Die Katastrophe? S. 2
 - Wer Integration und Weiterbildung ernst meint: Die VHS-Zukunft ist nur im Denkmal in der MüGa sinnvoll! Ohne Wenn und Aber! S. 3
 - Straßenbaubeiträge in NRW sollen zumindest reduziert werden! Ein erster Zwischenerfolg! S. 4
 - Geplantes Bauprojekt auf dem Gelände des ex-Wasserwerk Dohne extrem schädlich! S. 4
- Einlegeblatt: Die VHS-Saga, ein Riesenskandal und ein abgekartetes, böses Spiel!?**

Das Fassadenproblem des Immobilienservice (IS) Mülheim

Außenansicht der Gustav-Heinemann-Gesamtschule an der Boverstraße in Mülheim. An der Fassade stehen jetzt angeblich Sanierungsarbeiten für schlappe 4,4 Mio. € (heutiger Stand der geplanten Kosten, nach Fertigstellung sicher noch mit ein paar Milliönchen Aufschlag) an. Wer sich die Fassade rund um das gesamte Schulgebäude anschaut, kann bei mindestens 70% auch nicht den geringsten Anschein von Sanierungsbedürftigkeit erkennen.

Frage: Ist diese teure Maßnahme wirklich notwendig und wenn ja, warum? Mülheims größte Schule aus den Anfängen der 70er Jahre wurde vor Jahren aufwendig gegen Asbest und PCB saniert und die Fassaden sehen nicht so aus, als müssten sie vollständig und aufwändig erneuert werden, s.Bild rechts. Doch sicherlich hat der Immoservice (IS) sich durch



ein teures Gutachten bestätigen lassen, dass die Fassade einfach saniert werden muss.

Das war beim Otto-Pankok z.T. ähnlich und erst recht bei der Realschule Broich, wo trotz der Gutachten die Gefährdung durch die Fassade bis heute nicht wirklich nachvollziehbar war und ist.

Doch egal: Wenn Mülheim schon hoffnungslos überschuldet ist, hätten es manche Fassadenplatten sicher noch 1 Jahrzehnt oder mehr problemlos getan, egal ob der IS sie sanieren will oder nicht oder was auch immer.

Wie sagte Stadtsprecher Wiebels zu den nicht notwendigen Zerstörungen an der intakten VHS-Fassade, angeblich nur für die Gutachter, als der Architekt Teich dies kürzlich bemängelte: **"Die Stadt hat selber Baufachleute"** Na denn, aber die Stadt ist dennoch pleiterer als selbst die allerletzte Kirchenmaus!

IS-Chef Buchwald: Gutachtenkönig für ein Faß ohne Boden?

Der Immoservice der Stadt verschlingt seit vielen Jahren immer mehr Gelder und produziert immer neue, schwer nachvollziehbare teure Pannen. Er zahlt nicht nur die immer teureren "Mieten" für die vielen PPP-Irrwege wie Feuerwehr, Rathaus, Schulen u.ä., die Dauerpannen mit dem Wennmannbad, der Holzhaus-skandal mit den Flüchtlingsunterkünften u.v.m. lassen einen oft nur den Kopf schütteln. Immer wieder wird alles mit externen Gutachten teuer so dargestellt, dass die Ratsmehrheit dem fast blind folgen muss. Bei der versuchten VHS-Zerstörung war der IS-Chef sich nicht einmal zu schade, dem massiven, intakten Gebäude in Terrassenlage durch einen Gutachter sogar noch Statikmängel anzudichten. Das konnte nicht einmal das neuerliche Gefälligkeitsgutachten bestätigen, im Gegenteil: Über und über wird die Bausubstanz gelobt, immer wieder als überdurchschnittlich gut. Und der Brandschutz sei durch simple Schottungen zu regeln. Das war alles bereits 2012 gutachterlich genauso auch festgestellt worden, nur passte das nicht in die Pläne der Chefs und Chefinnen des IS-Leiters. Heute untersteht er dem Kämmerer.

Buchwalds Chef Mendack, die personifizierte Katastrophe

Der jetzige Kämmerer wurde 2008 Nachfolger des zum Dezernenten hochgehieften U. Ernst als Referent der SPD-Oberbürgermeisterin Mühlenfeld. Die hatte nach ihrer Wiederwahl 2010 vor allem noch 2 große Projekte im Sinn, nachdem ihre große "Vision" einer Stadt am Fluß per Ruhrbania durch die rabiate Umgestaltung der Innenstadt mit der Brechstange weitestgehend umgesetzt worden war, dennoch aber wenig Herausragendes gebracht hatte trotz gigantischer städtischer Vorleistungen und Zerstörungen.

Was sie dann anstrebte seit 2011ff. und aktiv betreiben ließ, war zum einen ein "Systemwechsel" beim ÖPNV, "Bus statt Bahn", und das Vorhaben, das VHS-Gelände in der MüGa anderweitig zu nutzen, nachdem die VHS nicht mehr als Ersatz für das mit 50 Mio. teuer sanierte Reistrathaus gebraucht wurde. Bildungsdezernent Ernst entwarf Pläne für die Dezentralisierung der VHS, doch genau wie bei "Bus statt Bahn" erwiesen sich alle Versuche der VHS-Verdrängung als nicht umsetzbar trotz vieler Gutachten.

2015 wollte Frau OB überraschend nicht mehr antreten, der über Frauenquote verbliebene RWE-Aufsichtsratsposten schien ihr genug. Ihre beiden obigen Vorhaben kamen mit Nachfolger Scholten ins Stocken, bis dann 2016 Kämmerer Bonan(opulos) nur kurz nach seiner Wiederwahl ÖPNV-Geschäftsführer wurde und der ex-Mühlenfeld-Referent in einem dubiosen Verfahren neuer Kämmerer wurde, obwohl alles andere als ein Experte auf diesem Gebiet. Allerdings hatte er andere "Qualitäten", die er nun umsetzte als

Mendack, der Vollstrecker der Vorhaben seiner ex-Chefin!?!

Der versuchten VHS-Zerstörung und der geplanten ÖPNV-Kahlschlag hätte der OB im Wege stehen können, weshalb die beiden ex-Referenten maßgeblich an dessen Kaltstellung beteiligt waren.

Wer Integration + Weiterbildung ernst meint: Die VHS-Zukunft ist nur im Denkmal in der MüGa sinnvoll! Ohne Wenn +Aber!



Im letzten Jahr wurde die Unterschriftensammlung für das überaus erfolgreiche Bürgerbegehren „Erhalt unserer VHS in der MüGa“ durchgeführt. In kurzer Zeit waren 11.000 Unterschriften zusammen, ca. 6.600 wären nötig gewesen.

Verwaltung und Ratsmehrheit missbrauchten dann aber ihre Entscheidungsmöglichkeiten und erklärten das Bürgerbegehren einfach für unzulässig. Dagegen musste die Ini klagen und erhielt eindeutig Recht beim Verwaltungsgericht. **Nun muss ein Bürgerentscheid durchgeführt werden, sofern sich die Ratsmehrheit nicht den Forderungen des Bürgerbegehrens anschließt.** Nach

dem vollständigen Durcheinander der letzten Wochen u.a. zu OB-Abwahlverfahren, ÖPNV-Kahlschlag-Versuch, gescheitertem Friedhofskonzept u.v.m. würde es dem Mülheimer Rat guttun, endlich auch das heikle Thema der VHS-Zukunft im denkmalgeschützten Gebäude in der MüGa beerdigen zu können. Tut er das nicht, muss bis allerspätestens Ende Oktober ein Bürgerentscheid durchgeführt werden. Die Fragestellung bei einem eventuellen Bürgerentscheid lautet:

„Sollen VHS-Grundstück und –Gebäude in der MüGa im Eigentum und Besitz der Stadt Mülheim bleiben und der VHS-Betrieb dort wieder aufgenommen werden?“

Wenn mindestens 10% der wahlberechtigten Mülheimer/innen - etwas über 13.000 - mit Ja stimmen und weniger mit Nein, ist der Bürgerentscheid erfolgreich und muss wie ein Ratsbeschluss umgesetzt werden. **Auf der vorläufigen Tagesordnung für die Ratsitzung am 27. Juni tauchte der Punkt "Bürgerbegehren zum VHS-Erhalt" nicht auf. Mit welcher faulen Ausrede auch immer: Eine Sonder-sitzung des Rates musste für den 12. Juli angesetzt werden, denn die Stadt ist gerichtlich verpflichtet, den Bürgerentscheid bis spätestens Ende Oktober durchzuführen, sofern nicht der Rat sich mehrheitlich dem Begehren anschließt.**

Das Gutachten zur VHS-Zukunft, das eigentlich im Februar vorliegen sollte, war vor Gericht bis spätestens Mitte Juni versprochen. Doch egal, auch diese Sache reihte sich nahtlos ein in die gesamte Kette von Tricksereien und sogar Missachtung aller demokratischen Anstandsregeln bei dem Riesenskandal mit der versuchten VHS-Zerstörung. Mehr auf dem Einlegeblatt



Das alles bestärkt natürlich diejenigen, die seit der überfallartigen VHS-Schließung davon ausgingen, dass das gesamte bürgerfeindliche Vorgehen ein-

zig dem Zweck dienen würde, das VHS-Denkmal auf Dauer beseitigen zu können, um das hochattraktive Grundstück am MüGa-Rand verscherbeln zu können. Das wäre ein böses Spiel, demokratiezerstörend und zum großen Nachteil nicht zuletzt für die schwierige Integrationsarbeit mit den vielen Zuwanderern, aber auch als Beschädigung des in Zukunft noch viel wichtigeren Bereichs der Weiterbildung, insbesondere für die zu erwartenden Arbeitsplatzänderungen im Zuge der Digitalisierung.

Man wird sehen, wie es im „Tollhaus Mülheim“ weitergeht. Alle VHS-Unterstützer sollten sich zum wohl notwendigen Bürgerentscheid für unsere VHS in der MüGa langsam in Kampfesstimmung bringen.

Wir können ziemlich optimistisch sein, dass genügend Menschen unsere VHS nicht weiter in dem indiskutablen ex-Fabrikgebäude an der Aktienstr., sondern in dem denkmalgeschützten, als VHS bestens geeigneten Gebäude am MüGa-Rand haben wollen!

Ergebnis der Ereignisse seit dem denkwürdigen 19. Sept. 2017 ist folgendes:

Die vorher bestens funktionierende Mülheimer VHS mit über 500 Kursen bot zum letzten Semester 43% weniger Kurse an als vor der überfallartigen Schließung im Sept. 17 und auch die Anmeldungen sind selbst für diese Restkurse insgesamt eher rückläufig.

Die VHS-Saga – ein Riesenskandal und ein abgekartetes, böses Spiel?!

Die Vermutung liegt nahe, dass es bereits heiße Interessenten gibt für dieses absolute Sahngrundstück der Stadt am MüGa-Rand und als Teil des gesamten Kulturensembles mit Schloß Broich, Ringlokschuppen, Camera Obscura und Stadthalle und u.a. dem beliebten Wasserspielplatz direkt neben der VHS.

Straßenbaubeiträge in NRW sollen zumindest reduziert werden! Ein erster Zwischenerfolg! Abschaffen ist das Ziel!

Volksinitiative: mitmachen - unterschreiben!

Straßenbaubeitrag abschaffen!



Der Druck auf die Regierungsparteien in Düsseldorf zeigte einen ersten Erfolg. Nachdem inzwischen mehr als 466.000 Unterschriften beim Bund der Steuerzahler NRW eingegangen und an die Kommunen zur Prüfung weitergeleitet worden sind, hat sich die Landesregierung jetzt zum ersten Mal bewegt. Die Fraktionen von CDU und FDP im Landtag haben Anfang Juli ihre Pläne zur Zukunft des Straßenbau-

beitrags vorgelegt - und damit eine richtige Weichenstellung vorgenommen, die zügig zu einer Abschaffung führen kann.

Die Vorschläge, ein Förderprogramm für die Kommunen einzurichten und die Beitragssätze für die Anlieger zu halbieren sowie die Erleichterung für Eigentümer von Eckgrundstücken und Ratenzahlung zu marktüblichen Zinsen anzubieten, bedeuten für die Bürger bereits eine erhebliche Entlastung. **Das grundsätzliche Problem ist damit noch nicht gelöst, doch kommen die Fraktionen von CDU und FDP mit ihren Vorschlägen der Volksinitiative "Straßenbaubeitrag abschaffen" schon deutlich entgegen.** BdSt und MBI erwarten jetzt, dass die Landesregierung das Förderprogramm für die Kommunen weiter aufstockt und die Beteiligung der Anlieger vollständig abschafft.

Bauprojekt auf ex-Wasserwerk Dohne extrem schädlich!

Schon einmal waren Pläne für eine Wohnbebauung auf dem Areal des Wasserwerks Dohne gescheitert. Jetzt will es der neue Eigentümer besser machen.

Rechts die Ansicht des ehemaligen RWW-Wasserwerks am Leinpfad, wofür nun in einem Wettbewerb bis November 2019 ein Plan zur Quartiersentwicklung mit Freiflächen und Wohnbebauung für das Grundstück gefunden werden soll.

Die Stadt hat dem Investor auferlegt, zur Fahndung nach dem besten Entwurf einen städtebaulichen Wettbewerb abzuhalten. Jetzt fand eine erste Bürgerversammlung statt.



Weil die mehr als heiklen Pläne des RWW vor ca. 1 Jahr scheiterten, verkaufte die 80%ige RWE-Tochter das ex-Wasserwerk auf dem Gelände zwischen Dohne und Leinpfad an den "Investor" Banava, der dort nun etwas weniger massiv Luxus-Eigentumswohnungen mit Tiefgaragen bauen möchte. **Die Begeisterung der Bürger hielt sich gelinde gesagt in äußerst bescheidenen Grenzen. Daran wird auch ein Wettbewerb nichts ändern, ganz abgesehen von der städtebaulich, ökologisch und sozial verheerenden Fortführung des Baus von teuren Wohnungen in exquisiten Lagen unserer Stadt in Zeiten explodierender Mieten inkl. der rasant steigenden städtischen Steuern und Abgaben. Es sei nur erinnert an die vielen neuen Bauprojekte in Selbeck, an der Tinkrathstr., im Rumbachtal, am Aubergweg uswuf.....** Selbst wenn beim ÖPNV nicht weiter Kahlschlag betrieben würde, wird mit dieser Baupolitik und weiteren Zersiedelung vor allem Verkehr erzeugt, von wegen "Fridays for Future" oder Verkehrswende, in der Mülheimer Stadtpolitik das exakte Gegenteil!

Mülheim im Dauerkrisenmodus: Dies und Das

Es fällt schwer, alles aufzulisten, was in Mülheim nur seit Jahresbeginn alles schief lief, nicht funktionierte oder gegen Sinn und Verstand doch noch versucht wurde. Da sind nicht nur die Dauerpannen z.B. mit dem Fahrradlift am Radschnellweg RS 1 oder dem Wennmannbad, das gescheiterte Friedhofskonzept, das ebenso nur für den Papierkorb taugende Gewerbe- und Industrie"konzept", der ebenfalls gescheiterte weitere Versuch, den OB endgültig abzuschließen. Ach ja, die Thyssenbrücke, doch wer weiß schon Genaueres

Einlegeblatt

**M ü l h e i m e r
B ü r g e r -
I n i t i a t i v e n** ●

Fraktion in Rat und
Bezirksvertretungen
der Stadt Mülheim a.d.Ruhr

Fraktionsbüro: Kohlenkamp 1
45468 Mülheim / Ruhr

Telefon: 0208-3899810

Telefax: 0208-3899811

M B I

e-mail: fraktion@mbi-mh.de

<http://www.mbi-mh.de>

Die VHS-Saga, ein Riesenskandal und ein abgekartetes, böses Spiel!?

Zur Erinnerung

Die Mülheimer Volkshochschule an der Bergstr. wurde **1979** eröffnet. 2004 wurde sie bei der 25-Jahr-Feier von hochrangigen Politiker/innen diverser Couleur in allerhöchsten Tönen als besonders vorbildlich gelobt. Bei den **Brandschauen 2007** wurden diverse Brandschutzmängel aufgelistet, u.a. die fehlende Schottung in den Durchbrüchen. Deshalb wurde im Haushalt 2008 über 2 Mio. € im Haushalt eingestellt für VHS-Sanierung, die aber in der Folge Jahr für Jahr zwar im Haushalt standen, aber bis heute nie abgerufen wurden.

Von **2009 bis 2012** wurde die VHS für Gremiensitzungen der Lokalpolitik genutzt, weil das Restrathaus des historischen Teils für über 50 Mio. € saniert wurde, während der Rathausneubau kurz vorher für Ruhrbania abgerissen worden war.

Mühlenfeld, Ernst&Co: Die VHS soll weg!

2013 forderte die MST-Chefin dann anstelle der VHS ein Hotel am MüGa-Rand für Teilnehmer an Kongressen in der Stadthalle, doch sie stieß nur auf vehemente Kritik aus der Bürgerschaft.

2014 erklärte OB Mühlenfeld kurz nach den Kommunalwahlen, dass man sich mit dem VHS-Gelände für die Sparkassen-Akademie beworben habe. Die große Ratsmehrheit folgte dem bereitwillig in allen Punkten, ein B-Plan dazu wurde eingeleitet und der Immobilienservice stellte einen Abrissantrag. Die MBI beantragten Prüfung auf Denkmalschutz beim Landeskonservator. Die BI „Erhalt unserer VHS in der MüGa“ wurde gegründet mit dem Ziel, bei Zuschlag für die Spk.-Akademie ein Bürgerbegehren zu starten. Im Dezember erhielt dann Dortmund den Zuschlag für die Spk.-Akademie.

2015 musste der B-Plan wieder eingestampft werden, der Abrissantrag aber wurde bis heute nicht zurückgezogen. Die LVR-Denkmal-

behörde bescheinigte die Denkmalswürdigkeit der VHS, allerdings zog sich die Eintragung in die Denkmalliste noch über 1 Jahr hin, weil die Stadt Mülheim blockierte, wo immer möglich.

Im Dez. 2015 präsentierte OB Scholten eine neue Variante zur VHS-Verlagerung, und zwar in das zukünftige Gebäude auf dem ex-Kaufhof-Gelände. Die BI nahm die Arbeit wieder auf und hatte für den Fall des geplanten Beschlusses im Rat Ende **Jan. 2016** bereits ein Bürgerbegehren vollständig vorbereitet.

Kurz vor dem Ratsbeschluss blies die Verwaltungsspitze im Jan. 2016 das Vorhaben ab und der Kämmerer präsentierte, dass diese VHS-Alternative die Stadt viel teurer käme als die VHS-Sanierung.

Trotz aller Widerstände der Stadt: VHS unter Denkmalschutz!

Trotz aller Verzögerungsversuche der Stadt musste die VHS **Ende 2016 in die Denkmalliste** eingetragen werden, das zugehörige Fachgutachten des LVR bescheinigte dem Gebäude und seiner Funktionalität Einzigartigkeit und herausragende Bedeutung.

Im **Feb. 2017** wurde nach 10 Jahren immer wähernder Verzögerung (trotz im Etat jeweils eingestellter Mittel) endlich die spätestens seit dem Gutachten 2012 feststehende notwendige Brandschutzsanierung im Sommer beschlossen. Die Arbeiten begannen aber entgegen des Beschlusses erst gegen Ferienende.

b.w.



Am 19. September 2017, in der Woche vor der Bundestagswahl, wurde dann die VHS überfallartig geschlossen wegen angeblich gravierender Brandschutzmängel. Welche Mängel neu entdeckt worden seien, die nicht bereits im Brandschutzgutachten 2012 alle aufgelistet waren, konnte bis heute nicht erklärt werden. Das leerstehende Gebäude wurde bis Dezember von einem Wachdienst für 6000 €/Woche gesichert, so dass niemand Zutritt erlangen konnte. Am 7. Dezember 2017 nickte die große Ratsmehrheit von SPD, CDU, BAMH, Grünen und FDP die Verwaltungsvorlage ab, mit der per teuren Gutachten, bezahlt über die verbliebenen, zur VHS-Sanierung vorgesehenen 1,8 Mio. €, untersucht werden sollte, ob auf Dauer der Neubau einer VHS, auf städtischem oder auf fremdem Grundstück, oder eine Sanierung der bisherigen VHS finanziell günstiger sei. Der Antrag von MBI, Linken und WirAusMülheim, unverzüglich die Brandschutzsanierung wieder durchzuführen und die VHS zum neuen Semester zumindest in den sanierten Teilbereichen wieder stattfinden zu lassen, wurde von der o.g. Mehrheit ohne Diskussion nieder gestimmt. Im **Januar 2018** präsentierte die Verwaltung 2 Gebäude, von denen 1 als Interims-VHS auf 5 oder 10 Jahre angemietet werden sollte. Der Rat entschied sich am 22. Februar ohne Vorberatung in anderen Gremien für das ehemalige AEG-Fabrikgebäude an der Aktienstraße. Weil erst einmal nur ca. 2000 qm für VHS umgebaut werden konnten, sollten noch zusätzlich 1000 qm im ehemaligen Deichmann-Gebäude Schloßstr. angemietet werden, doch der Vermieter spielte nicht mit, weil das Cafe Alex im Untergeschoss durch viele Migranten aus VHS-Kursen gestört hätte werden können. Deshalb wurden weitere ca. 1200 qm an der Aktienstr. zusätzlich für VHS umgebaut und später ebenfalls auf mind. 5 Jahre angemietet.

Das erfolgreiche und mit Händen und Füßen abgewehrte Bürgerbegehren zum VHS-Erhalt

Im **März 2018** beschloss die BI „Erhalt unserer VHS in der MüGa“ ein vorbeugendes Bürgerbegehren, dessen Text bei „der Stadt“ eingereicht werden musste, damit diese wie vorgeschrieben eine Kostenschätzung einfügen konnte. Die Kämmerei gab 16 bis 20 Mio. € an. Die selbe Verwaltung hatte die Kosten für die gesetzlich notwendige Brandschutzsanierung und Trinkwasserleitungen 2015 mit 4,2 Mio. € angegeben, gemäß Brandschutzgutachten von 2012. Der Architekt der VHS, Dietmar Teich, schätzte aktuell die Brandschutzsanierung auf 2 Mio. € und erklärte sich bereit, dies mit einem Gutachten auf eigene Kosten zu belegen, doch dies wurde barsch abgelehnt und ihm jeder Zugang zum Gebäude strikt untersagt.

Im **April 2018** erklärte der Rechtsdezernent das Bürgerbegehren für unzulässig. Dessen ungeachtet startete die BI im Mai 2018 die Unterschriftensammlung und konnte Anfang Juli bereits 11.000 Unterschriften einreichen, ca.



6600 wären nötig gewesen. Der Stadtrat stimmte Ende August 2018 mehrheitlich für die Unzulässigkeit des Bürgerbegehrens. Dagegen wurde im November 2018 Klage beim Verwaltungsgericht eingelegt.

Im **Oktober 2018** stellte sich auf MBI-Nachfragen heraus, dass die im Ratsbeschluss vom 7.12.17 vorgesehene EU-weite Ausschreibung des Gutachtens zur VHS-Zukunft eigenmächtig von der Verwaltung unterlassen und in eine freihändige Vergabe abgeändert worden war. Im Rat am 8. November 2018 wurde der MBI-Antrag, die gesamte, noch nicht endgültige Vergabe anzuhalten und den Architekten Teich um das versprochene Gutachten zu bitten, mehrheitlich abgelehnt.

Am **26. März 2019** war die mündliche Verhandlung beim Verwaltungsgericht Düsseldorf. Das Gericht erklärte das Bürgerbegehren für zulässig, brummte der Stadt 100% der Verfahrenskosten auf und erwirkte den „Vergleich“, den fälligen Bürgerentscheid nicht sofort, sondern bis Ende Oktober stattfinden zu lassen, nachdem das von der Stadt für spätestens Mitte Juni angekündigte Gutachten vorliege, so dass der Rat sich dem Bürgerbegehren anschließen und einen Entscheid an der Wahlurne überflüssig machen könne.

Am **21. Juni 2018** verkündete Kämmerer Mendack, das Gutachten läge erst nach der letzten regulären Ratssitzung vor den Sommerferien, dem 27. Juni, vor. Im Rat am 27. Juni 2019 wurde zähneknirschend und mit beschämendem Niveau der 12. Juli für eine Ratssondersitzung festgelegt, wo der Rat sich dem zulässigen Bürgerbegehren anschließen kann.

Am **28. Juni 19** präsentierten Kämmerer und Gutachter ihre Ergebnisse vorab den Ratsvertretern. Wenig überraschend erklärten sie die langjährige Anmietung des für eine sinnvolle VHS nicht geeigneten Gebäudes an der Aktienstr. für die mit Abstand billigste Variante und schraubten die angeblichen Kosten für Sanierung und Nutzung des leerstehenden VHS-Denkmal in der MüGa auf sagenhafte über 30 Mio. € hoch.

Am **12. Juli 2019** findet nun die ungeliebte Sondersitzung des Rates statt und die Ratsmehrheit wird sich dem Bürgerbegehren wohl nicht anschließen, so dass am **6. Oktober der Bürgerentscheid** ansteht!